

Da die neuen Studiengänge (BA/MA) in den meisten regional orientierten Disziplinen noch am Anfang stehen, kann die Freiburger Konferenz nur der Ausgangspunkt einer längeren Debatte sein, die zunehmend auch die empirischen Befunde einbeziehen muss. Es ist daher geplant, im Abstand von ein bis zwei Jahren weitere Veranstaltungen dieser Art in Zusammenarbeit mit dem DAAD folgen zu lassen, die in einen größeren internationalen Zusammenhang eingebettet werden, auch die Regionen des "Nordens" einbeziehen und komparative, trans- und interregionale Bezüge thematisieren sollten. Diese Folgekonferenzen müssten darüber hinaus auch eine Fokussierung der Debatte auf spezifische Regionen und ihre besonderen Probleme ermöglichen.

DAAD

### **Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe Ostasien im Rahmen der DAAD-Tagung über "Regional- und Kulturwissenschaften in Deutschland und die neuen Studiengänge"**

Auf der Grundlage von einführenden Impulsreferaten, die von Vera Blechinger-Talcott und Michael Lackner zur aktuellen Situation ostasienbezogener Studiengänge vorgetragen wurden, diskutierten rund 25 Vertreter entsprechender Fächer über aktuelle Probleme beim Übergang zu neuen BA- und MA-Studiengängen. Sie vertraten dabei ein breites Spektrum disziplinärer Orientierungen, die von den historisch-philologischen oder kulturwissenschaftlichen Ausrichtungen der Sinologie, Japanologie und Mongolistik über fest etablierte sozialwissenschaftliche Ansätze bis hin zur Sprachwissenschaft reichten.

Die Diskussion wandte sich zunächst dem Leitbild der Interdisziplinarität zu, die angesichts weltweiter Globalisierungstendenzen, neuer theoretisch-methodologischer Entwicklungen und organisatorischer Vernetzungen an den Universitäten weiter an Bedeutung gewonnen hat. Sie löst deutlich ambivalente Gefühle aus, ist doch nicht nur eine begrüßenswerte Hinwendung zu Themen festzustellen, die den Nationalstaat transzendieren, sondern auch ein drohender Verlust an landesspezifischer und sprachlicher Kompetenz zu befürchten. Außerdem wurde nicht zu Unrecht vermerkt, dass Interdisziplinarität immer eine solide Beherrschung disziplinärer Standards voraussetzt. In der Praxis sind alle dadurch aufgeworfenen Probleme mit Ressourcenkonflikten verbunden.

Organisatorische Konsequenz der Studiengangsreform und solcher mit ihr einhergehenden Entwicklungen ist das unausweichliche Sterben von Ein-Mann-Instituten und die Zentrenbildung. Sie ermöglicht es, auf der Basis bereits bestehender Schwerpunkte Ressourcen zu bündeln, Fächer zu modernisieren und die gewünschte Interdisziplinarität herzustellen. Die in Freiburg versammelten Fachvertreter lehnten dabei Sparmaßnahmen unter dem Deckmantel der Zentrenbildung ab. Sie zeigten sich offen, wenn es um unterschiedliche Anbindungsformen wirtschafts-, sozial-, politik- oder rechtswissenschaftlicher Professuren mit regionalspezifischer Ausrichtung geht. Gleichzeitig konstatierten sie jedoch, dass die Mutterdisziplinen meist wenig Interesse an der Diversifizierung ihrer nach wie vor eurozentrischen Lehrinhalte zeigen und ihre wenigen asienkundlichen Professuren stark streichungsgefährdet sind. Darum sprach sich eine Mehrheit für die Ressortierung der entsprechenden Professuren in China-, Japan- oder Asien-Instituten aus. Optimal wäre eine Doppelmitgliedschaft in zwei Fachbereichen oder Fakultäten.

Es zeigten sich deutliche Akzentunterschiede zwischen Fachhochschul- und Universitätsvertretern. Während Erstere ein projektbezogenes, exemplarisches und stark praktisch ausge-

richtetes Lernen in den Vordergrund stellten, plädierten Letztere für die Schulung an analytischen Fragestellungen, in strukturierendem Denken und allgemeiner Problemlösungskompetenz. Es wurde nicht für wünschenswert erachtet, diese Unterschiede zwischen beiden Ausbildungstypen einzuebrennen. Eine große Vielfalt zeigte sich auch hinsichtlich der Frage, ob Ein-Fach- oder Zwei-Fach-Studiengänge, asien-, ostasien- oder länderspezifisch bestimmte Studiengänge zu bevorzugen seien. Hier verfolgen die verschiedenen Universitäten abhängig von ihrem Fachverständnis und ihrer Personalausstattung unterschiedliche Strategien. Das wirft das Problem der künftigen Karrierewege für den Nachwuchs auf. Manche Fächer sind vom Aussterben bedroht. Wo sie – wie im Falle der Mongolistik – deutschlandweit nur an einem Ort vorhanden sind, sollen, nach Forderung aller Fachvertreter, Sonderregelungen einen "Artenschutz" gewährleisten.

Sämtliche Fachvertreter unterstrichen, dass gute Sprachkenntnisse nach wie vor ein unabdingbares Fundament aller Regionalstudien darstellen. Die daraus resultierende Notwendigkeit zu intensivem, zeitaufwändigem Sprachunterricht kollidiert jedoch mit der Forderung, auch fachlichen Studieninhalten und berufsbezogenem Lernen im Rahmen gekürzter Studienzeiten einen gebührenden Platz einzuräumen. Asien- oder ostasienwissenschaftliche BA-Studiengänge können kaum zwei schwierige asiatische Fremdsprachen zugleich vermitteln. Wo dieses Ziel dennoch verfolgt wird, kann das nur im Rahmen spezieller Sprach-Studiengänge erfolgen. Die bewusste Konzentration auf den Erwerb von entweder Sprech- und Hörkompetenz oder von Lese- und Schreibkompetenz stellt eine weitere Spezialisierungsmöglichkeit dar.

Angesichts der hoch diffizilen ostasiatischen Sprach- und Schriftsysteme ist die Kürzung der Studienzeiten für alle ostasienbezogenen Studiengänge ein besonders gravierendes Problem. Die jetzige Studiengangreform wird wahrscheinlich eine Absenkung des Niveaus beim Sprachunterricht nach sich ziehen. Alle Fachvertreter bedauerten, dass früher existierende, zusätzliche Sprachpropädeutika vor Beginn des inhaltlichen Studiums im Zuge der Studiengangreform abgeschafft wurden. Der Wissenschaftsrat wurde aufgefordert, bei einer künftigen Novellierung der Studiengangreformen die Wiedereinführung von Sprachpropädeutika zu betreiben. Aus dem gleichen Grund sprachen sich die Fachvertreter auch gegen feste Quoten von 20% bis 30% beim Übergang vom BA- zum MA-Studium aus, da sie das Ausbildungsniveau abermals senken würden.

Als letzter Diskussionspunkt wurde die Organisation und Dauer eines Auslandsstudiums in Ostasien angesprochen. Hier sollte möglichst bald Rechtssicherheit hinsichtlich der Frage hergestellt werden, ob ein oder zwei in der Studienordnung festgeschriebene, obligatorische Auslandssemester für die Universitäten einen Finanzierungszwang nach sich ziehen oder nicht. Die bisherigen Ansichten und Erfahrungen in den einzelnen Bundesländern sind widersprüchlich. Uneinigkeit bestand auch darüber, ob in freier Eigeninitiative der Studenten gestaltete Auslandssemester mit Beurlaubungen oder von den Heimatuniversitäten gestaltete, integrierte Studienangebote im Ausland erstrebenswert sind. Genaue Vorschriften über Zeitpunkt, Art und Dauer von Auslandsaufenthalten haben häufig für die Studienorganisation größte Schwierigkeiten geschaffen. Sollten dennoch integrierte Auslandssemester angestrebt werden, wurden für die dann notwendigen "Offshore-Einrichtungen" Konsortiallösungen mehrerer Universitäten angeregt. Der DAAD wurde gebeten, bei Auslandsstipendien größtmögliche Flexibilität zu praktizieren und sein Programm "Studium und Praxis" weiter zu öffnen.

Als Fazit beklagten alle Fachvertreter, dass ihre ostasienbezogenen Studiengänge besonders stark mit der jetzt eingeleiteten Studiengangreform kollidieren. Sie wünschten sich einen

regelmäßigen Erfahrungsaustausch und regen eine speziell auf Ostasien zugeschnittene Nachfolgetagung über künftige Master-Studiengänge an.

Thomas Scharping

### **DFG-Forschungsprojekt: Lokale Zivilgesellschaft in Japan: Partnerschaft als neues Prinzip der japanischen Kommunalpolitik**

Angesichts struktureller Arbeitslosigkeit, sinkenden Steuereinnahmen, einer Überforderung des Staates bei der Wahrung sozialer Sicherungssysteme und sich abzeichnenden neuen Anforderungen an staatliche Leistungen als Folge des demografischen Wandels werden in zahlreichen hoch entwickelten Dienstleistungsgesellschaften zur Bewältigung der anstehenden Probleme die Beziehungen zwischen Zentralstaat und Kommunen sowie zwischen diesen und den BürgerInnen neu gestaltet.

Dies gilt auch für Japan. Mit der Dezentralisierungsreform aus dem Jahre 2000 hat ein grundlegender Wandel im Verhältnis zwischen Zentralstaat und Kommunen eingesetzt, das nun als "gleichberechtigtes Kooperationsverhältnis" beschrieben wird. Der Wandel geht einher mit einer neuen Anerkennung von BürgerInnen als politisches Subjekt.

Konkret sind seit Mitte der 1990er-Jahre neue Entwicklungen im Verhältnis von Staat und BürgerInnen zu beobachten, die sich ergänzen und gegenseitig verstärken.

- Auf der programmatischen Ebene ist in bürgernahen Politikfeldern ein Wandel von einer Allzuständigkeit der öffentlichen Verwaltung hin zu kooperativen Handlungsmustern von Staat, BürgerIn und Unternehmen festzustellen. Dies gilt für die Umweltpolitik, die Bereiche soziale Dienste und Stadtentwicklung.
- Zur Stärkung einer programmatisch gewollten Einbindung der BürgerInnen in die (Kommunal)politik sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für ziviles Engagement verbessert worden.
- Auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger ist seit einer Dekade eine starke Zunahme an politischem Engagement festzustellen, das sich u.a. in der Durchführung von Referenden, einem Boom an NGO-Gründungen und Netzwerken ausdrückt.

Kommunen und BürgerInnen bewegen sich also aufeinander zu.

Hier setzt ein neues Forschungsprojekt unter dem Arbeitstitel "Lokale Zivilgesellschaft in Japan: Partnerschaft als neues Prinzip der japanischen Kommunalpolitik" an. Es verfolgt das Ziel, thematische Netzwerke von Verwaltung, NGOs, Kommunalpolitikern und anderen lokalen Akteuren in japanischen Kommunen empirisch zu untersuchen und Aufschlüsse darüber zu erlangen, ob und in welcher Form hier neue Potenziale für eine bürgernahe und partizipatorische Politik entstanden sind. Mithilfe von maximal kontrastierenden Fallstudien sollen anhand konkreter kommunaler Problemstellungen Kooperationsformen, Konfliktlinien und Handlungsrestriktionen der kommunalen Akteure in Umweltschutz, Stadtsanierung und sozialen Dienste untersucht werden.

Erwartet wird von der vergleichenden Analyse der Fallstudien Auskunft darüber, ob die neuen Formen politischer Kooperation auf lokaler Ebene in Japan einerseits zu einer Erhöhung von Bürgernähe und kommunaler Problemlösungskapazität führen, zum anderen aber weiter gehend einen Demokratisierungsschub auf kommunaler Ebene implizieren.